

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Einladung

Hiermit lade ich Sie zur

**21. (außerordentlichen) öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne**

ein.

---

Sitzungstermin: Mittwoch, 04.06.2008, 17:30 Uhr

Ort, Raum: Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

---

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- TOP 1      **Heidestraße - Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs  
BE: Bezirksamt**
- TOP 2      **Stadtumbau West - Projekte und Finanzierung  
BE: Bezirksamt**
- TOP 3      **Verschiedenes**

Mit freundlichen Grüßen

Bertermann  
Vorsitzender

½ Stunde vor Sitzungsbeginn Vorbesprechung der Fraktionen  
Rückfragen über das BVV-Büro Tel.:2009 24555

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 21. (außerordentlichen) öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 04.06.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

---

#### Anwesend sind:

Frau David, Annette	SPD
Herr Koch, Thomas	SPD
Herr Neuhaus, Lars	SPD
Frau Hilse, Claudia	CDU
Herr Kiske, Heinz	CDU
Herr Dr. Schulze, Dieter	CDU
Herr Bertermann, Frank	Grüne
Herr Jaath, Jörn	Grüne
Herr Diedrich, Sven	Die Linke
Herr Greiner, Michael	Grüne
Herr Bhaduri, Debasish	FDP

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

#### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Heidestraße - Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs BE: Bezirksamt**

Herr Gothe teilt einleitend mit, dass das Masterplanverfahren schon lange in der Diskussion und im Laufe des letzten Jahres konkret wurde. Die Grundstückseigentümer, Vivico, DB und weitere Bahn-Töchter, hatten vereinbart, den Prozess zusammen mit dem Senat und Bezirk zu beginnen. Es gab eine sorgfältige Vorbereitung des Wettbewerbsverfahrens. An dem Verfahren nahmen fünf Büros teil. Herr Gothe betont, dass die Abstimmung zwischen dem Senat und den Grundstückseigentümern sehr konstruktiv durchgeführt wurde. Er führt dazu aus, dass es keine erkennbaren Differenzen über die Zielsetzung des Bereichs der Heidestraße gab. Seitens der Grundstückseigentümer wurde nachvollzogen, dass dieses Gebiet für den Bezirk Mitte von großer Bedeutung ist. Dies bezieht sich u.a. auf die Lage. Herr Gothe legt dar, dass es wichtig ist ein Quartier zu schaffen, welches durchlässig in alle Richtungen ist und einen Beitrag der Vernetzung zwischen den Altbezirken Tiergarten, Mitte und Wedding leistet. Zusätzlich gab es Einigkeit darüber, dass in diesem Gebiet kein großflächiger

Einzelhandel stattfinden soll, es soll dafür ein großer Wohnanteil mit unterschiedlichen Typologien realisiert werden. Es sollen auch Gebiete für Dienstleistungen angeboten werden, Nutzungsmischungen sollen entstehen. Herr Gothe führt aus, dass der Flächeneigentümer den Wunsch geäußert hat, Kunst und Kultur im Bereich nördlich des Hamburger Bahnhofes zu vertiefen. Dies wurde vom Bezirk erfreut zur Kenntnis genommen.

Herr Gothe legt dar, dass viele Themen im Konsens in die Aufgabenstellung eingeflossen sind.

Herr Gothe stellt die Mitarbeiter des Projektes vor.

Anschließend wird das Projekt anhand einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt.

Herr Koch bezieht sich auf einen Antrag der BVV und führt dazu aus, dass in diesem Antrag die Verknüpfung in den Stadtraum entscheidend war, da es ein zentrales Gebiet des Bezirkes Mitte darstellt.

Er bittet um Erläuterungen zur Ost-West-Anbindung. Grundsätzlich spricht er sich für das vorgestellte Projekt aus.

Es wird erklärt, dass man versucht hat, den einzelnen Quartieren ein Grundthema zu geben. In dem Gebiet neben der Bahn soll nicht nur Gewerbe sondern auch Wohnanteile realisiert werden. Kein Quartier soll monostrukturiert werden. Diese Ideen werden in weiteren Schritten bearbeitet. Bisher hat man eine Idee formuliert, welche die Quartiere, die Erschließung und die öffentlichen Räume definiert. Nun wird mit allen Beteiligten an dem Thema weitergearbeitet.

Weiterhin wird ausgeführt, dass man das Gebiet gegenüber des Hauptbahnhofes sehr gerne bebaut hätte. Allerdings hat man dazu Unterlagen erhalten, welche den gesamten Tiergartenautotunnelbereich darunter abbilden. Nach dem momentanen Kenntnisstand kann diese Ecke nicht bebaut werden.

Die Anregung von Herrn Koch, das direkte Gegenüber zu formulieren und die Wegeführung zu konkretisieren, wird in der weiteren Bearbeitung berücksichtigt.

Zu den weiteren Querungen wird berichtet, dass momentan untersucht wird, inwiefern der Verkehrsschluss auf der Heidestraße unterbrochen werden kann, an welchen Stellen und wie oft. Die Querungsthematik in der Mitte des Gebietes muss ebenfalls noch in verschiedenen Ebenen bearbeitet werden.

Herr Diedrich fragt nach dem geplanten Wohnanteil, dem Wohncharakter (Eigentumswohnungen, Mietwohnungen) und dem Klientel. Er spricht sich für das Projekt aus und legt dar, dass man den Vorzug des Wohnen am Wasser voll ausschöpfen sollte. Er ist der Ansicht, dass man die Wohnungen einem Klientel anbieten sollte, welches auch zur mittleren Einkommensklasse gehört.

Herr Gothe führt zum Wohnanteil aus, dass man im Vorfeld bei der Aufbereitung der Auslobung versucht hat, in den einzelnen Quartieren zu prüfen, welcher Wohnanteil dort realistisch ist. Man hat darauf gedrungen, den Wohnanteil besonders hoch zu setzen. Es gibt bisher noch keine fixe Zahl. Die Zielgröße des Wohnanteils beträgt 40%. Der BVV-Beschluss sieht 60% Wohnanteil vor. Allerdings gibt es eine Menge von Restriktionen im Gebiet, welche das Wohnen nicht angenehm gestaltet, z.B. Lärmbelästigung am Nordhafen usw.

Herr Thomsen (Vivico) legt dar, dass man eine Mischung des Wohnklientel anstrebt. Jeder soll die Chance bekommen, sich in diesem Gebiet anzusiedeln.

Herr Jaath spricht sich für eine Mischung des Wohnklientels aus. Ferner regt er an, in dem Gebiet moderne, alternative Wohnformen anzubieten. Außerdem verweist er auf das Stichwort –Generationsübergreifendes Wohnen-. Des Weiteren legt er dar, dass Elemente des Autofreien Wohnens in den Überlegungen mit einbezogen werden sollten. Er lobt die Erhaltung des Kulturstandortes.

Herr Jaath fragt nach weiteren Überlegungen bezüglich der Bestandsbauten an der Heidestraße.

Dazu wird erläutert, dass man im Moment nur wenige Informationen besitzt. Man denkt im Moment darüber nach, welche Ergänzungsmöglichkeiten bestehen.

Auf eine Nachfrage legt Herr Gothe dar, dass man gerade in der Heidestraße ein attraktives breites Profil mit hoher Aufenthaltsqualität anstrebt. Es ist vorgesehen, auch dort eine Mischnutzung mit Wohnungen in den oberen Geschossen zu realisieren. Es gibt trotz allem eine Reihe von Einschränkungen, z.B. direkt am Bahndamm oder Nordhafen. Herr Gothe spricht sich dafür aus, einen hohen Wohnanteil zu realisieren.

Frau Hilse bittet um Ausführungen zur geplanten Gewerbenutzung.

Es wird erläutert, dass es sich, aufgrund der Erschließung und Lärmemission, wahrscheinlich nicht um produzierende Gewerbe handeln wird.

Die größeren Blocks entlang der Bahn können durchaus auch kleinere Firmen aufnehmen. Am Nordhafen können sich auch größere Firmen ansiedeln, da es keine direkte Umgebung gibt. Gegenüber des Bahnhofs sucht man noch nach einer passenden Nutzung.

Zur sozialen Infrastruktur führt Herr Gothe aus, dass man im Bezirksamt diskutiert hat, wie man das neue Quartier mit den alten Quartieren vernetzen kann. Es wurde bewusst darauf verzichtet, weitere soziale Infrastruktur-Flächen (z.B. eine neue Schule) vorzuhalten. Es wurde die These aufgestellt, dass die sozialen Einrichtungen (Kitas, Schulen usw.) rund um das Gebiet ausreichen, um die neue Bewohnerschaft mitzuversorgen. Ferner hat man entschieden, dass in dem Gebiet der Heidestraße kein neues Einkaufsgebiet entstehen soll. Dadurch erhofft man sich, die Kaufkraft der Bewohner in die Turmstraße oder in die Müllerstraße zu ziehen.

Auf eine Frage nach dem zukünftigen Verfahren erläutert Herr Lange, dass zunächst mit den Wettbewerbsgewinnern der Wettbewerbsentwurf überarbeitet und in einen Masterplanentwurf überführt wird. Dies passiert in sechs oder sieben Workshop-Terminen, in denen Einzelthemen (Freiraumplanung, Verkehrsplanung, Baustruktur usw.) bis Anfang September 2008 abgearbeitet werden. Danach wird es einen entgeltigen Entwurf geben, dieser wird in einen Masterplan überführt. Der Masterplan soll dann als besonderer städtebaulicher Plan durch den Senat beschlossen werden.

Ferner wird erläutert, dass in Abstimmung mit SenStadt der Raum Heidestraße in der Gebietskulisse zum Stadtumbau erhalten bleibt. Dafür gibt es drei Argumente:

- Erstellung von Teilen der Infrastruktur als SUW Projekt (50% EU-Mittel)
- Mitwirkung bei der Entwicklung von Zwischennutzungsprojekten
- Berücksichtigung der Verflechtungsbeziehungen des neuen Stadtgebietes mit den umgebenden Stadtteilen

Herr Schwenzel (BR Lehrter Straße) bezieht sich auf den geplanten Wohnanteil von 40% und fragt nach, wie viel Bewohner dies in absoluten Zahlen wären.

Dazu erläutert Frau Breithaupt, dass man sich im jetzigen Zustand nicht auf den Wohnanteil festlegen kann. im Augenblick könnten es ungefähr 1000 Wohneinheiten sein. Das sind bei 2,2 Einwohner pro Wohneinheit 2200 Einwohner.

Herr Koch bezieht sich auf den verteilten Flyer der Betroffenenvertretung und bittet, die Ausschussmitglieder über geplante Diskussionsrunden zum Städtebau in Kenntnis zu setzen.

Es findet eine kurze Pause statt.

## **zu 2      Städtebau West - Projekte und Finanzierung**

### **BE: Bezirksamt**

Herr Tibbe (Gebietsbeauftragter für das Gebiet Poststadion und Sportpark Moabit) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern in Form einer CD zur Verfügung gestellt.

Herr Koch lobt das Projekt. Er spricht die Eingangssituation an und bezieht sich auf die "Christo-Tore". Er fragt dazu nach, ob Fördermittel zur Abräumung der Tore zur

Verfügung stehen. Er schlägt vor, die Eingangssituation qualitätsvoller zu gestalten. Dazu wird von Herrn Tibbe erklärt, dass es nicht darum geht, die Eingangssituation temporär zu gestalten, sondern eine werthaltige, nachhaltige Situation zu schaffen. Das Thema der Tore wurde als Synonym der „Einheitlichkeit“ verstanden. Man versucht ein Element im Eingangsbereich zu finden, welches einen hohen künstlerischen Anspruch besitzt, unzerstörbar, graffiti-beständig und flächenbezogen ist. Dafür wird ein Kunstwettbewerb mit etwa fünf Teilnehmern ausgelobt, dieser soll unterschiedliche Lösungen hervorbringen.

Zur Laufstrecke wird ausgeführt, dass diese als Ersatz für den Abbau der Seydlitzsportanlage eingeplant wurde. Die Laufstrecke ist so gestaltet, dass die Landschaftsplaner in diesem Bereich eine 1000-Meter-Strecke mit unterschiedlichen Steigungsverhältnissen eingeplant haben.

Herr Koch bezieht sich auf die Minigolfanlage und fragt nach, ob man für diese Anlage gewerbliche Gelder akquirieren kann. Es wird erläutert, dass zur Zeit geprüft wird, ob die Minigolfanlage und das dazugehörige Café über eine Qualifizierungsmaßnahme abgedeckt wird. Sollte dies nicht der Fall sein, muss diese Fläche ausgeschrieben werden.

Herr Bhaduri bezieht sich auf den Skaterhockeyplatz und fragt nach der Beleuchtungssituation. Dazu wird erläutert, dass auf dem Gelände vier Beleuchtungsmasten vorhanden sind. Zwei Masten werden in die Vorfläche des Bereiches versetzt. In den Wintermonaten müssen weitere Beleuchtungskörper eingeplant werden, dies wird zur Zeit in einem Beleuchtungskonzept durch die Architekten erarbeitet.

Zur Finanzierung führt Herr Gothe aus, dass man im letzten September eine große Finanzierungsübersicht verteilt und dargestellt hat. Er legt dar, dass er zur heutigen Sitzung eine Übersicht über die neuen Projekte des Programmjahres 2009 dabei hat, zusätzlich wird eine Übersicht über die vier Teilbereiche Stadtumbau West im Moabit an die Fraktionen verteilt.

Herr Gothe berichtet: Die geplanten Projekte werden in einer Ämterrunde besprochen, alle Projekte werden dort aus allen Blickwinkeln diverser Bereiche der Verwaltung begutachtet und weiterentwickelt. Bei finanziellen Verschiebungen muss dieses Gremium die Zustimmung geben. Wenn ein Projekt umgesetzt werden soll, wird dieser Vorschlag an SenStadt weitergeleitet, dann werden die Mittel dazu freigegeben. Zusätzlich existiert eine Steuerungsrunde aus verschiedenen Mitgliedern.

Herr Lange ergänzt, dass der Haushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses diesem Programm ebenfalls zustimmen muss. Er weist darauf hin, dass die vorgelegten Zahlen haushaltsrechtlich noch nicht abgesegnet sind, dies erfolgt mit den Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses im September/Oktober 2008.

Herr Jaath führt zum geplanten Wellness-Standort aus, dass man bei der Wiedereröffnung des Sommerbades in erster Linie ein preiswertes Angebot für Familien mit Kindern anstreben sollte. Er legt dar, dass Familien im geplanten Wellnessbereich keine Zielgruppe darstellen, er spricht sein Missfallen über diese Tatsache aus.

Herr Gothe führt aus, dass die Abteilung Stadtentwicklung eher für den Sportbereich Dienstleister sei. Es gibt einen umfangreichen Abstimmungsprozess zwischen Frau Hänisch, den Berliner Wasserbetrieben und den Mitarbeitern des Programms Stadtumbau West. Herr Gothe legt dar, dass er nicht weiß, welche Verhandlungen dazu getroffen wurden.

Es wird ergänzend erklärt, dass man es als eine Errungenschaft ansieht, ein Hallenbad-Profil gefunden zu haben, welches sowohl Außenanlagen als auch ein Schwimmbad anbieten. Es wird eine 25-Meterbahn im Außenbereich errichtet, zusätzlich soll eine Kinderplansche entstehen. Dies soll im Eintrittspreispaket angeboten werden, d.h. Berliner Bäderbetriebseintrittspreise.

Herr Jaath fragt ferner nach, welche Erkenntnisse über Altlasten im Bereich des Döberitzer Grünzuges und des Bahn-West-Grünzuges des Geländes der ehemaligen

Schleicherfabrik vorhanden sind und welche Sanierungsmaßnahmen bis jetzt empfohlen wurde.

Zusätzlich fragt er, warum bis jetzt noch keine Sanierungsanordnung getroffen wurde, wann dies voraussichtlich geschehen wird und warum über die Ergebnisse einer Gesprächsrunde zwischen Senat und Bezirk (die am 04.04.08 stattfand) nicht bei der Betroffenenberatung am 06.05.08 berichtet wurde.

Herr Gothe bezieht sich dazu auf seine schriftliche Ausarbeitung zur dieszüglichen Bürgeranfrage aus der letzten BVV, die wegen Zeitverzug nicht mehr aufgerufen wurde. Diese wird Anlage zum Protokoll.

Herr Koch bezieht sich erneut auf die Eingangssituation und bittet das Bezirksamt zu überprüfen, ob die Eingangstore als Wegebeziehung wirklich notwendig sind. Er legt dar, dass die finanziellen Mittel für die Tore durchaus sinnvoller eingesetzt werden könnten. Herr Gothe führt aus, dass das Bezirksamt diese Thematik überdenken wird. Er weist aber darauf hin, dass es eine schwierige Aufgabe ist, den Sportpark Moabit einheitlich zu gestalten. Das Problem dabei ist, dass das Areal in viele kleine Felder zerlegt ist, diese sind mit vielen Kilometern Maschendrahtzaun voneinander getrennt. Deshalb versucht man, eine Durchlässigkeit zu erzeugen, alle Nutzer müssen unter einen Hut gebracht werden. Dazu eignet sich eine Markierung von den vielen Eingängen in Form der Tore. Herr Tibbe führt ergänzend aus, dass sich die Eingangsbereiche teilweise in einer „unterirdischen“ Konstitution befinden, deshalb hat man es für notwendig empfunden, diese Bereiche mit einem Wiedererkennungswert herzurichten.

Herr Bertermann beantragt Rederecht für den anwesenden Betroffenenrat. Der Ausschuss stimmt zu.

Frau Torka schlägt zum Eingangsbereich vor, die Gleichartigkeit beispielsweise durch gleichartige Bodenflächen oder –beläge darzustellen.

Anschließend stellt Herr Rösener das Teilgebiet C (Moabit West) anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Herr Bhaduri legt dar, dass es im Umkreis des vorgestellten Gebiets keine Einkaufsmöglichkeiten gibt. Herr Rösener bestätigt diese Aussage, weist allerdings darauf hin, dass es sich bei dem Gebiet um eine Parkanlage handelt, d.h. weitere Nutzungen können nur im beschränkten Maße untergebracht werden.

Herr Gothe ergänzt, dass die Verhandlungen über das Grundstück, aufgrund von Altlasten, sehr schwierig war. Es konnte sich darauf geeinigt werden, dass die komplette Altlast vom Grundstückseigentümer saniert wird.

Herr Bertermann fragt nach geschätzten Kosten des Sanierungsaufwands. Dazu wird erläutert, dass der Abriss über Stadtumbau West-Gelder und anderen Finanzierungsquellen abgewickelt wird. Das Gebäude wird komplett abgerissen, es sei denn, man findet einen Nutzer für das Gebäude.

Für den Umbau des zweigeschossigen Gebäudeteils besteht eine Kostenschätzung, außerdem gibt es Kostenschätzungen für den Bereich der Hallentrakte. Diese Kostenangaben sind Teil des Ausschreibungsverfahrens im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens.

Auf Bitte von Herrn Bertermann wird zugesagt, den Fraktionen die vorgestellten Präsentationen zukommen zu lassen.

### **zu 3      Verschiedenes**

Herr Gothe verteilt eine Studie zur Erhaltungsverordnung Huttenkiez an die Fraktionen die die Aufhebung der Erhaltungsverordnung empfiehlt und erläutert kurz dazu.

Herr Bertermann fragt nach, ob es möglich wäre, dem Ausschuss die eingereichten Unterlagen zur Bewerbung -Aktive City- zur Verfügung zu stellen. Er legt dazu dar, dass am 30.05. die Bewerbungsunterlagen für die Müller- und Turmstraße abgegeben werden sollten. Er führt aus, dass er die Unterlagen zur Information für die Fraktionen sehr

interessant fände, da auch die beabsichtigten Konzepte für die Müller- und Turmstraße ersichtlich sind. Herr Gothe antwortet, dass man die Unterlagen zur Verfügung stellen wird.

Herr Bertermann informiert, dass am 10.06.2008 eine Podiumsdiskussion zum Abriss der Wohnanlage am Lützowplatz (Ungers-Bauten) stattfinden wird und fragt nach, ob er den Ausschussmitgliedern die Einladung weiterleiten soll. Da diese Frage verneint wird, erfolgt keine Weiterleitung der Einladungen.

gez. Bertermann  
Vorsitzender

gez. Sager  
Protokollantin

## **Bürgeranfrage in der Bezirksverordnetenversammlung am 29.05.2008 Stellungnahme UmNat**

### **1. Welche Erkenntnisse über Altlasten im Bereich des Döberitzer Grünzuges und des Bahn-West-Grünzuges des Geländes der ehemaligen Schleicherfabrik sind vorhanden und welche Sanierungsmaßnahmen wurden bis jetzt empfohlen?**

#### **Zu 1.**

Die vorliegenden Erkenntnisse zur Altlastensituation und zu deren Spektrum ergeben sich aus der historischen Recherche der Nutzung und darüber hinaus durch sogenannte Erst- und Orientierungsuntersuchungen. Sie umfassen im Wesentlichen die Schadstoffgruppen Schwermetalle, Aromatische Kohlenwasserstoffe (AKW), Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW), halogenierte Kohlenwasserstoff (HKW), deren Ausbreitung und Konzentrationsverteilung sowohl vertikal als auch horizontal unterschiedlich ausgeprägt sind.

Vom Sachgebiet Bodenschutz und Altlasten wurde 2006 zu allen Einzelflächen der Sachstand beschrieben sowie erste Handlungsempfehlungen im Kontext zukünftiger Nutzungen gegeben. Einige davon werden zur Zeit für den Bereich des Grundstücks Seydlitzstr. 1-5 und Lehrter Str. 66 konkret umgesetzt. Für diesen Bereich werden von der bezirklichen Stadtplanung Bodenuntersuchungen unter fachlicher Begleitung des Umweltamtes beauftragt.

Explizite Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Für den Bereich des Döberitzer Grünzuges hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, hier das Referat Altlasten X OA, eine zusammenfassende Recherche über die bereits vorliegenden Erkenntnisse erarbeiten lassen. Auf dieser Grundlage sollen für den Grünzug noch fehlende Bodenuntersuchungen durch die Senatsverwaltung beauftragt werden, damit die Belastungssituation konkretisiert werden kann.

Der Grünzug im Bereich der ehemaligen Schleicherfabrik war ausdrücklich nicht Gegenstand der Bodenuntersuchungen durch den Bezirk.

Im Bereich östlich der Lehrter Str. 6, dem Gelände der ehemaligen Gasanstalt, wurden bereits erste Sanierungsmaßnahmen sowie ein Grundwassermonitoring durchgeführt. Die Weiterführung von Sanierungsmaßnahmen wurde bis zum Zeitpunkt der Eigentümerwechsel ausgesetzt.

Die bereits vorliegenden Planungen der Senatsverwaltung sowie die noch zwingend notwendigen ergänzenden Bodenuntersuchungen werden bis zu diesem Zeitpunkt zurückgestellt.

Im Falle einer Umgestaltung des in Rede stehenden Areals zu einer Grünfläche werden noch weitere, in Hinblick auf die spätere Nutzung als Grünfläche notwendige Bodenuntersuchungen im Auftrag der Senatsverwaltung durchgeführt werden.

**2. Warum wurde bis jetzt noch keine Sanierungsanordnung getroffen, wann wird das voraussichtlich geschehen und warum konnte über die Ergebnisse einer Gesprächsrunde zwischen Senatsverwaltung und Bezirk, die am 4. April stattgefunden hat, nicht bei der Betroffenenratssitzung am 6.5. berichtet werden?**

**Zu 2.**

Sanierungsanordnungen beziehen sich immer auf den Bestand an Nutzungen. Eine Sanierungsanordnung für die Gewerbefläche der ehem. Schleicherfabrik kann es nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht geben, weil die künftige Nutzung noch nicht bekannt ist.

Zum Sachstand der Sanierung östlich der Lehrter Str. wurde unter 1. berichtet.

Im Rahmen von Planungen, z.B. eines Kinderspielplatzes sind die Anforderungen der jeweiligen Nutzung zu berücksichtigen. Es liegt auf der Hand, dass bei einer Umnutzung einer Gewerbefläche zu einer sensibleren Nutzung, wie z.B. durch einen Spielplatz, Umgestaltungsmaßnahmen notwendig sind. Für den untersuchten Bereich der ehemaligen Schleicherfabrik sind hinsichtlich des Bodenschutzes für die Oberflächennutzung grundsätzlich keine technisch größeren Anforderungen notwendig im Vergleich zu anderen innerstädtischen Flächen mit Bodengrundbelastung.

Eine konkrete Planung für eine spätere Nutzung liegt für das Grundstück noch nicht vor. Die Entscheidung darüber, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, wird von der zukünftigen Nutzung abhängig sein.

An der internen Gesprächsrunde der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 4. April hat zwar ein Vertreter des Bezirkes nur informativ teilgenommen. Da das Ausgleichs- und Ersatzverfahren Grünzug Lehrter Str. als Teil der Planfeststellungsmaßnahme B-96 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung durchgeführt wird, wird der Bezirk, hier der Bereich Naturschutz im Amt für Umwelt und Natur über den jeweiligen Planungs- und/oder Kenntnisstand in der Senatsverwaltung informiert. Insofern hat es keine Gesprächsrunde zwischen SenStadt und dem Bezirk gegeben. Die Gesprächsrunde diente allein der Abschätzung des finanziellen Risikopotentials für den Grunderwerb der für den Grünzug notwendigen Flächen. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor.

Dem Betroffenenrat wurde mehrfach mitgeteilt, dass kein dem Betroffenenrat unbekannter Sachstand existiert und dass deshalb die Teilnahme des Amtes für Umwelt und Natur an der Betroffenenratssitzung nicht erforderlich ist.

Ich hoffe, Ihre Fragen beantwortet zu haben und versichere Sie, dass ich bei neuen Sach- und Tatbeständen, den Betroffenenrat entsprechend zeitnah informieren werde.

**3. Unterstützen das Bezirksamt und die Fraktionen der BVV die Herstellung der Grünzüge zu einem möglichst frühen Zeitpunkt?**

**Zu 3.**

Das Bezirksamt und die Fraktionen unterstützen die geplanten Maßnahmen zur Herstellung der Grünzüge im Rahmen ihrer Möglichkeiten.